

**H-01/01** Änderungsantrag zu H-01 \* Mit Bündnisgrüner Solidarität gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen

Antragsteller\*in: Hannah Marie Neumann KV Berlin-Lichtenberg \* Daniela Cappelluti KV Frankfurt  
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

## Antragstext

- 1 Wir Grünen machen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung stark,  
2 sei es im  
3 Kampf gegen Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Transphobie und/oder  
4 Homophobie. Wir  
5 engagieren uns für Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie. Das gefällt nicht allen,  
6 manche reagieren darauf mit geballtem Hass. In den letzten Jahren gab es immer  
7 wieder  
8 politisch motivierte Angriffe auf ehrenamtlich aktive und politisch sichtbare Mitglieder  
9 von  
10 Bündnis 90/Die Grünen. Die Fälle von Hate Speech im Netz, Verleumdungen,  
11 Bedrohungen (auch  
12 von Familienmitgliedern), tätlichen Angriffe, Sachbeschädigung von Geschäftsstellen  
13 oder  
14 Privathäusern etc. nehmen leider zu und sie beschränken sich längst nicht mehr nur  
15 auf  
16 medial sichtbare und prominente Vertreter\*innen unserer Partei. Auch  
17 Kommunalpolitiker\*innen, Kreisvorstände oder LAG Mitglieder sind betroffen und es ist  
18 zu  
19 erwarten, dass die Zahl der Angriffe mit der Zunahme von kommunalpolitischen  
20 Mandaten weiter  
21 steigen wird.
- 22 So sehr diese Angriffe zeigen, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt; mit ihnen  
geht  
auch eine starke psychische und physische Belastung für die Betroffenen einher. Meist  
ist  
der Hass dort am extremsten, wo es unseres Eintretens für Demokratie und  
Menschlichkeit am  
stärksten bedarf. Er trifft vor allem unmittelbar diejenigen, die sich vor Ort meist  
ehrenamtlich für Grüne Inhalte stark machen. Dem gemeinsam entgegen zu treten  
und diejenigen  
zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe stellen, ist auch eine Frage der  
innerparteilichen  
bündnisgrünen Solidarität.
- Bisher gelingt es Bundes- und Landesbehörden nur mangelhaft, politisch aktive  
Menschen vor  
derartigen Angriffen zu schützen. Deswegen wirken unsere Bundestags- und  
Landtagsfraktionen  
in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereits auf die Schaffung derartiger  
Beratungs-

23 und Unterstützungsangebote hin. Bis aber ein flächendeckendes und verlässliches  
24 bundesweites  
25 Netz an Anlaufstellen geschaffen ist, ist es Aufgabe der Partei Bündnis 90/Die Grünen  
26 ihre  
27 Mitglieder vor solchen Übergriffen bestmöglich zu schützen, sie bei konkreten Vorfällen  
28 zu  
29 beraten und Strategien zu entwickeln, um die Zahl und das Ausmaß der Angriffe so  
30 gering wie  
31 möglich zu halten. Die Vermittlung einer adhoc Rechtsberatung, wie sie die  
32 Bundesgeschäftsstelle bereits anbietet, ist ein guter erster Schritt. Sie reicht aber  
33 nicht  
34 aus.

35 Deswegen fordern wir den Bundesvorstand auf, in Kooperation mit den Landes- und  
36 Kommunalverbänden bis spätestens zum 01.04.2020 eine neue Stelle in der  
37 Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, die Menschen, die sich gegen rechte Hetze und  
38 Gewalt  
39 einsetzen, bei akuten Bedrohungen und Hass unterstützt, in dem sie

- 40 • für Mitglieder und ihr soziales Umfeld in Bedrohungssituationen telefonisch  
41 erreichbar  
42 ist und Nothilfe leistet bzw. passende weiterführende Angebote und Schritte  
43 bespricht  
44 und den Weg begleitet (bspw. Rechtsanwalt, mobile Beratung, Meldesperre,  
45 psychologische Unterstützung, Polizei, Staatsanwaltschaft),
- 46 • die aktuelle Bedrohungslage im Blick behält und potentiell gefährdete Mitglieder  
47 (bspw. bei Neuaufnahme eines kommunalpolitischen Mandats in Risikoregionen)  
48 zu  
49 möglichen Sicherheitsmaßnahmen berät,
- 50 • derartige Vorfälle anonymisiert dokumentiert und so Veränderungen in der  
51 Bedrohungslage analysiert und transparent macht. Diese Analyse kann dazu  
52 dienen, den  
53 Druck auf staatliche Behörden zu erhöhen und entsprechende Anlaufstellen auf  
54 allen  
55 Ebenen zu schaffen und
- 56 • Schulungsangebote für Landes- und Kreisverbände zum Umgang mit Hass und  
57 politisch  
58 motivierter Gewalt organisiert.

59 Da wir in unserem Einsatz gegen den Hass nicht allein sind, empfehlen wir diese  
60 Beratung

61 auch für Nichtmitglieder zu öffnen; zumindest solange, bis ein verlässliches  
62 bundesdeutsches

63 Netz an Anlaufstellen geschaffen wurde.

64 Zur Finanzierung der Stelle schlagen wir vor, dass pro Mitglied ein Euro vorab von der  
65 Summe

66 der staatlichen Teilfinanzierung, die von der Bundestagsverwaltung an die Grünen  
67 ausbezahlt

68 wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt wird. Damit tragen alle Ebenen

der  
53 Partei ihren Anteil an der Umsetzung.

## **Begründung**

Geeinter Antrag aus V-11 und V-12

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sabrina Staats-Kriszeleit (Main-Taunus KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Mathias Engling (NWM/Wismar KV); Gollaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Kathrin Klaas (Frankfurt KV); Mona Hille (Berlin-Mitte KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Julia Eberz (Frankfurt KV); Peter Heilrath (München KV); Alexandra Alth (Reutlingen KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Wolters (Köln KV); Felix Holefleisch (Bremen-Mitte KV); Jonathan Sieger (Köln KV); sowie 100 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.